

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Leipzig & Reichardt in Dresden.

Telegraphen-Adresse: Nachrichten Dresden.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 58/40.

Sammelnummer für sämtliche Telefonanschlüsse: 25 241. Nachtschlus: 20 011.

**Kuzeigen-Preise**  
Kaufmann von Kundgebungen bis nach 2 Uhr, Sonntags nur Marienstraße 58 von 11 bis 12 Uhr. Die einseitige Seite (je nach 8 Zeilen) 20 Pf., die zweiseitige Seite auf 20 Zeilen 70 Pf., die zweiseitige Seite auf 1,50 Pf. — Anzeigen in Nummern nach Sonn- und Feiertagen erhöhte Preisen. — Zusätzliche Aufträge nur gegen Vorauszahlung. Jedes Blatt 10 Pf.

**Begruß-Gebühr**  
Hierfür für Dresden bei täglich zweimaliger Zeitung (am Sonntag 2.10 Pf., durch auswärtsige Anzeigenstellen bis 2.25 Pf. Bei einmaliger Zeitung durch die Post 2 Pf. (ohne Bestellgebühr).  
W o s i a n d: D r e s d n e r - N a c h r i c h t e n - B l a t t, Marienstraße 58/40, Dresden, 7.17 Uhr. — Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion. — In- und ausländische Anzeigen werden nicht angenommen.

## Große Erfolge in den Argonnen.

2719 unverwundete Franzosen gefangen, bedeutende Geländegewinne. — Türkische Erfolge im Kaukasus. — Vergebliche Angriffe und schwere Verluste der Feinde an der Dardanellenfront. — Die Streikbewegung in England. — Die Lage auf dem Balkan.

### Der amtliche deutsche Kriegsbericht.

(Amtlich.) Großes Hauptquartier, 14. Juli.

#### Westlicher Kriegshauptlag.

Heute nacht wurden abermalige Handgranatengriffe bei der Zuckerfabrik von Souchez abgewiesen. Franzosen sprengten in der Gegend von Troyon (wechlich von Craonne) und von Perthes (in der Champagne) erfolglos einige Minen. Unser Handgranatenfeuer hinderte sie, sich an den Sprengstellen festzusetzen.

In den Argonnen führten deutsche Angriffe zu vollem Erfolge. Nordöstlich von Bienne-le-Chateau wurde etwa in 1000 Meter Breite die französische Linie genommen. Ein Offizier, 137 Mann wurden gefangen, ein Maschinengewehr, ein Minenwerfer erbeutet. Südwestlich von Dourenvilles führten unsere Truppen die feindliche Höhenstellung in einer Breite von drei Kilometern und einer Tiefe von einem Kilometer. Die Höhe 285 (La-Fille-Morte) ist in unserem Besitz. An unverwundeten Gefangenen fielen 2381 Franzosen, darunter 51 Offiziere, in unsere Hände. Außerdem wurden 300 bis 400 verwundete Gefangene in Pflege genommen. Zwei Gebirgsartilleriegeschütze, zwei Revolverkanonen, sechs Maschinengewehre und eine große Menge Gerät wurden erbeutet. Unsere Truppen stehen bis zu den Stellungen der französischen Artillerie vor und machen acht Geschütze unbrauchbar, die jetzt zwischen den beiderseitigen Linien stehen.

Ein englisches Flugzeug wurde bei Brezenberg nordöstlich von Ypern heruntergeschossen.

#### Ostlicher Kriegshauptlag.

Zwischen Rjemen und Schafel haben unsere Truppen in Gegend Kalwarja, südwestlich Kolno, bei Prasnaja und südlich von Miawa einige örtliche Erfolge erzielt.

#### Südöstlicher Kriegshauptlag.

Bei den deutschen Truppen keine Änderungen. (W. T. B.) Oberste Heeresleitung.

### Der amtliche türkische Kriegsbericht.

Das türkische Großhauptquartier meldet unter dem 14. Juli von der Kaukasischen Front: Die Verluste des Feindes an Toten und Verwundeten in der Gegend von Aras in den Gefechten der letzten Woche zwischen unseren Truppen und der feindlichen Infanterie und Kavallerie, die mit einem Rückzug des Feindes endeten, werden auf 2000 geschätzt. Gegenwärtig haben wir über 600 Tote auf der Rückzugsstraße des Feindes gezählt.

An der Dardanellenfront versuchte der Feind gestern vormittag, bei Aris-Burnu nach heftigem Geschütz- und Gewehrfeuer unter Schleiern von Bomben gegen unseren rechten Flügel vorzugehen. Der Angriff des Feindes brach in unserem Feuer zusammen. Der Feind zog sich zurück. Ein ähnlicher Angriff gegen unseren linken Flügel wurde ebenso leicht abgewiesen. Der Feind floh in Eile. Ein Teil der Fliehenden fiel in die Abgründe. Wir erbeuteten eine Menge von Munition, Waffen und Kriegsmaterial. Bei Seddul-Bahr griff der Feind am gleichen Vormittag nach heftigem Geschützfeuer von seinen beiden Flügeln aus und unterstützt von einem Teil seiner Flotte unseren rechten und unseren linken Flügel an. Er wiederholte dreimal den Angriff auf unseren rechten Flügel. Wir wiesen ihn ab und fügten ihm schwere Verluste zu. Der Kampf auf dem linken Flügel artete in Schützengrabenkämpfe aus. Er ging ergebnislos bis zum Einbruch der Nacht weiter. Wir erbeuteten zwei feindliche Maschinengewehre auf diesem Flügel. Trotz der Veranschwendung von ungefähr 60 000 Granaten in der gestrigen Schlacht und trotz der beträchtlichen Verluste erreichte der Feind nichts. (W. T. B.)

#### Russische Misserfolge an der beharabischen Grenze.

In den letzten Tagen unternahm nachts die Russen an der beharabischen Grenzfront mit starken Infanterie- und Kavalleriekräften heftige Sturmangriffe gegen die österreichisch-ungarischen Stellungen. Die Kämpfe währten von 1 Uhr mitternacht bis 3 Uhr morgens. Immer neue Gruppen russischer Soldaten führten an. Ganze Reihen von ihnen wurden durch unser Maschinengewehrfeuer hingemäht. Ueber ihre Leichen führten neue Linien vor, aber alle Versuche der Russen wurden mit großen Verlusten für sie abgewiesen.

Die Ruhe vor dem Sturm. Die Pariser Blätter verraten, wie gemeldet wird, große Ungeduld wegen der Kriegslage in Russland. Der „clair“ schreibt, das Wichtigste sei, die Absichten Wladens von vornherein richtig zu erraten. „Paris Mibi“ berichtet die letzten Depeschen aus Petersburg, die allzu unklar seien. Nur die Vorhuttruppen der Verbündeten seien in Schützen zurückgedrängt, während die Hauptkräfte der Oesterreicher und der Deutschen unerwartet dastehen. Das

Fachblatt „Guerre Mondiale“ findet die Lage des Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch wenig erfreulich, wenn die russischen Gegenstände nicht kräftiger als bisher geführt würden. Die deutsche Heeresleitung schweige; das bedeute die Ruhe vor dem Sturm.

#### Die überflüssige Duma.

Ministerpräsident Goremykin empfing eine ausgewählte Abordnung des Seniorenpalments der Duma. Er erklärte, die Wünsche des Palments dem Ministerrat vorlegen zu wollen. Er wisse nicht, was die Duma im jetzigen Zeitpunkt überhaupt helfen könne. Die Lage sei viel besser, als viele Meinungen sich vorstellen. Ein Mitglied der Abordnung bat um die Ausgabe von Verlustlisten, da ganz phantastische Schätzungen in der Bevölkerung herrschten. Goremykin erklärte, daß die russischen Verluste nicht so groß seien, wie die deutschen Zeitungen angeben. (W. T. B.)

#### Ein Gottesdienst in den Argonnen.

Der „Köln. Stadtanz.“ berichtet, daß am vergangenen Freitag im Argonnenwalde ein Dankgottesdienst für die letzten rühmreichen Siege in den Westargonnen stattfand, dem der Kronprinz und Generalfeldmarschall Graf Haefeler beiwohnten. (W. T. B.)

General Porros Mission in Frankreich. (Agence Havas.) Der italienische General Porros ist aus dem Großen Hauptquartier nach Paris zurückgekehrt. Er hatte in der italienischen Botschaft eine lange Botsprechung mit dem serbischen Militärattaché und schließlich sodann mit dem seinem Gefolge zugeordneten französischen Offizieren. (W. T. B.)

#### General Spautes in Marokko.

(Agence Havas.) Der Generalresident von Marokko General Spautes traf am Dienstag in Marseille ein. Er wurde von der Regierung beraten, um über das Programm der in der Durchführung begriffenen Arbeiten, sowie über die Mittel vernommen zu werden, die angewandt werden müssen, um dieses Programm durchzuführen, und um das wirtschaftliche Leben des Protektorats während des Krieges zu sichern. (W. T. B.)

#### Die Minengefahr.

Der schwedische Dreimastkahn „Daisi“, mit einer Kohlenladung von Furnes-Insel nach Cundvall unterwegs, ist Dienstag abend außerhalb der Schären auf eine Mine gestoßen und gesunken. Der Kapitän und vier Mann der Besatzung des Schoners sind umgekommen. (W. T. B.)

#### „Eine schwere Prüfung.“

Der Pariser „clair“ erörtert die Lehren, welche die Alliierten aus dem Unterseebootskrieg ziehen müßten. Er erklärt, die Seeherrschaft werde künftig dem gehören, welcher die meisten Unterseeboote besitze. Das deutsche Programm des Unterseebootskrieges hätte eine große Gefahr werden können, wenn Deutschland über eine genügende Anzahl von Unterseebooten verfügt hätte. Bereits jetzt sei der Unterseebootskrieg eine schwere Prüfung. Die Alliierten müßten unbedingt alle Maßnahmen zur Bekämpfung dieses Kampfmittels ergreifen. Hierzu gehöre zunächst, jedes Handelsschiff ohne Ausnahme mit Geschützen zu bewaffnen. Der Vorschlag sei bereits gemacht worden, aber auf Widerstand gestoßen. Die alliierten Regierungen sollten den Widerstand fallen lassen, denn die Opfer, die man bringen müße, seien zu groß. Ferner sollte von allen alliierten Staaten eine große Flotte von Unterseebooten möglichst schnell gebaut werden. Das sei wichtiger, als Dreadnoughts zu besitzen. (W. T. B.)

#### Die neueste englische Verlustliste.

zählt 61 Offiziere und 1261 Mann auf. (W. T. B.)

#### Gegen die Streikbewegung in England.

Der Munitionsminister kündigte am Dienstag an, es werde eine königliche Verordnung ergehen, durch die jeder Streik im Kohlenbezirk von Südwales für Gesetzesübertretung erklärt wird. (W. T. B.) Wie die Londoner „Morningpost“ meldet, fand in Cardiff eine Versammlung von Abgeordneten der Bergleute statt. Diese war von 304 Abgeordneten besucht, die 156 493 Bergarbeiter, d. h. etwa 65 Proz. der gesamten Arbeiterschaft des Reviers vertraten. Eine überwältigende Mehrheit lehnte den Vorschlag des ausführenden Ausschusses, daß die Bergleute während der weiteren Verhandlungen mit der Regierung fortgesetzt werden sollte, ab. Eine noch größere Mehrheit verworf den Antrag, eine namentliche Abstimmung aller Arbeiter zu veranstalten. Angenommen wurde allein der Antrag, daß die Versammlung an den ursprünglichen Beschluß festhält. Die Konferenz ging auseinander, ohne eine neue Versammlung festzusetzen. Heute (Mittwoch) läuft die 14 tägige Periode der täglichen Arbeitskontrakte, die am 30. Juni für die Dauer der Verhandlungen bewilligt war, ab. Die Nachricht von diesem Beschlusse der Bergarbeiter von Südwales schlug, wie der Daily Telegraph sagt, wie eine Bombe ein. Die Blätter führen übereinstimmend aus, daß die Führer die Nacht über die Arbeiter verloren hätten. Man erachtet Lord George jetzt seines Vertretens entbunden, daß er die Bergleute nicht unter das Munitionsgesetz stellen werde. Wenn das Gesetz auf die Bergleute ausgedehnt wird, tritt das obligatorische Schiedsgericht in Kraft. Man glaubt, daß die Drohung des Munitionsgesetzes genügen wird, um einen Ausstand zu verhindern. (W. T. B.)

#### Rohlenhöchstpreise in England.

Der Parlamentskorrespondent des „Daily Telegraph“ berichtet, daß Handelsminister habe bei den Rohlenbesitzern mehr Widerstand gefunden, als bei den Kohlenhändlern, um die Preise herabzusetzen. Die Regierung dürfe daher genötigt sein, die Kohlenpreise gesetzlich zu fixieren. Die Bill werde im Laufe vermutlich dieser Woche vorgelegt werden. (W. T. B.)

#### Englisches Unterhaus.

Auf Anfragen wurde mitgeteilt, daß in der letzten Woche 1140 Fremde interniert und 573 heimgeschickt wurden, daß die Parlamentssession Ende Juli schließen werde und daß sich bisher über 89 000 Munitionsarbeiter gemeldet hätten. Die Abgeordneten Marshall, Vans und Dalziel hatten sechs Fragen verschiedenen Inhalts gestellt. Asquith erklärte, alle diese Fragen zusammen beantworten zu wollen. Er sagte dann, unter den obwaltenden Umständen sei es nicht im öffentlichen Interesse, gegenwärtig öffentliche Mitteilungen zu machen. Eine Frage, woher Dalziel Informationen, die sich den anderen entzogen, besthe, konnte Asquith nicht beantworten. Erneute Anknüpfungen der drei Abgeordneten an ihre Fragen wurden von Asquith in dem Sinne beantwortet, daß er nichts hinzuzufügen habe, und wurden vom Sprecher abgebrochen, da sie zur Debatte würden. Asquith lehnte die Antwort auf eine Frage ab, ob er für richtig halte, daß die Debatte in der Presse fortbauere, während sie im Parlament verboten bleibe. Thorne (Arbeiterpartei) rief hier dazwischen: Welch glückliche Familie! (W. T. B.)

#### Der Anschlag auf den Sultan von Aegypten.

(Reuter.) In Verbindung mit dem Attentat auf den Sultan sind vier junge Leute, darunter ein Rechtsstudent verhaftet worden. (W. T. B.)

#### Die Zerstörung des Kreuzers „Königsberg“.

Zur Reuter-Meldung über die Zerstörung des Kreuzers „Königsberg“ schreibt die „Köln. Ztg.“: Um den „Königsberg“ unschädlich zu machen, verschieben sich die Engländer aus Europa zwei von den Schiffen, die unseren Feldgrauen an der spanischen Küste nicht unbekannt sind, die beiden Luftkanonenboote „Severn“ und „Mersey“. Das dritte Schiff dieser Gattung, „Humber“, befindet sich augenblicklich an den Dardanellen. Alle drei Schiffe waren im November und später im April an der spanischen Küste aufgetaucht und hatten von der See aus die englischen Bemühungen zu Lande unterstützt. Ihres geringen Tiefganges wegen konnten sie eher als andere Kriegsschiffe an die Küste heranzufahren. Als Luftkanonenboote waren sie im Gegensatz zu Linien Schiffen und Kreuzern mit schweren Haubitzen bewaffnet, die ihnen gestatteten, auch hinter Deckung kämpfende Truppen zu beschießen. Diese Schiffe, die für die britische Flotte gebaut, zu Beginn des Krieges aber unter noch nicht bekanntgewordenen Umständen in die englische Marine eingereicht worden waren, haben die Engländer nun benutzt, um den Kreuzer „Königsberg“ schmutzulegen.

#### Die Kapitulation deutscher Streikkräfte in Südwales.

Aus Cardiff meldet Reuter, der „Köln. Ztg.“ zufolge, unter dem 11. d. M.: Der erbe Teil der deutschen Truppen, die sich ergeben haben, 400 Mann, kamen heute auf der Eisenbahn hier an. Die Gefangenen, die körperlich gut aussehend, hatten nur mehr ihre Ausrüstung bei sich. Keine Ausdehnung begleitete ihre Ankunft am Bahnhof. Die Leute scheinen durchaus niedergeschlagen. Mehrere trugen das Eisenerkreuz. Die Gefangenen erklärten, die Zufuhr von Lebensmitteln sei derart eingeschränkt gewesen, daß nur mehr für einige Tage Rationen blieben.

#### Keine Gefangenentausch deutscher Missionare in Südafrika.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ teilt mit, daß die Gefangenentausch der deutschen Missionare in Südafrika nach einer neuen Nachricht der Berliner Mission nicht erfolgt ist. Die Geistlichen dürfen unter der Voraussetzung ruhigen Verhaltens auf ihren Posten bleiben. Die Auslieferungungen in Johannesburg sind besonders schlimm gewesen. Pfarrhaus, Missionshaus und die beiden Kirchen sind aber wie durch ein Wunder bewahrt geblieben. (W. T. B.)

#### „Französische Illusionen.“

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt unter dieser Ueberschrift: Die „Daily News“ entnehmen in ihrer Nummer vom 30. Juni dem Pariser Blatt „L'Information“ einen Artikel des Herrn Maurice Straub, in dem dieser Aeußerungen wiedergibt, die ihm gegenüber ein Finanzmann aus der Umgebung des Herrn Behrens, Direktor der Dresdner Bank“ gelegentlich einer Unterhaltung in Berlin geäußert haben soll. — Die Aeußerungen bringen eine sehr pessimistische Beurteilung der finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands zum Ausdruck. Das unzulängende Geld sei nur „fictiv“. Des im Lande befindlichen Goldes habe sich die Regierung bemächtigt. Den Vorkonten sei eröffnet worden, daß sie ihr Gold bei der Reichsbank einzuzahlen hätten, wenn sie auf Regierungsaufträge rechnen wollten. Die Zeichnung auf die zweite Kriegsanleihe sei im Grunde nur eine Scheinzeichnung, da die Darlehnskassen auf jede Zeichnung einen Vorbehalt von 10 Prozent leisteten. Wenn hiernach das Publikum sieben Milliarden gezeichnet habe, so bringe die Zeichnung in Wahrheit nur 700 Millionen. Wie lange werde sich dieses Spiel noch aufrechterhalten lassen?

So viel Angaben, so viel Unwahrheiten! Niemals hat die deutsche Regierung die Vergebung von Lieferungen an die Bedingung der Abgabe von Goldmünzen an die Reichsbank geknüpft oder sonstwie mittelbar oder unmittelbar die Lieferanten zur Abgabe von Goldmünzen veranlaßt. Wichtig ist, daß der Goldschub der Reichsbank während des Krieges eine ganz außerordentliche Verstärkung erfahren hat. Am 30. Juli 1914 stellte er sich auf 1258 Millionen Mk., am 7. Juli 1915 war er auf 2390 Millionen Mk., also um 1137 Millionen Mk. gestiegen. Von dieser Vermehrung, die in England und Frankreich großes Aufsehen erregte und noch erregt, entfallen 205 Millionen Mk. auf die Ueberweisung des Reichskriegsschatzes. Der Rest wurde — abgesehen von einigen aus dem Ausland eingegangenen Beiträgen — der Reichsbank freiwillig aus dem Verkehr im Umtausch gegen Reichsbanknoten zugeführt. Daß der in Deutschland befindliche Goldvorrat damit noch lange nicht



# Für eilige Leser

am Mittwoch abend.

In den Argonen führten deutsche Angriffe bei **Viennese-Chateau** und **Bonrenville** zu vollem Erfolg; 2710 unversehrte Franzosen wurden gefangenengenommen.

Die an der besarabischen Grenze unternommenen starken russischen Sturmangriffe scheiterten unter größten Verlusten für die Russen.

Der Gehilfe des russischen Finanzministers ist nach London unterwegs, um neue Geldmittel zu beschaffen.

Der englische Munitionsmminister kündigte eine königliche Verordnung an, durch die jeder Streik im Kohlenbezirk von **Süd Wales** für Gefährdungsübertretung erklärt wird.

Im englischen Unterhause wurde mitgeteilt, daß die **Parlamentssession** Ende Juli schließen werde und daß sich 80 000 Munitionsarbeiter gemeldet hätten.

In **Tripolitanien** verloren die Italiener bei einem Ueberfall durch abtrünnige Eingeborene zwei Maschinengewehre und 284 Mann.

Der feierliche **Schluss des Landtages** findet morgen mittag 1 Uhr statt.

Die **Zweite Kammer** nahm die Deputationsanträge über den Regierungsentwurf zur Sicherstellung der Volksernährung einstimmig an.

erschöpft ist, ergibt sich klar aus dem Woche für Woche fortwährenden Goldzuflusse. Gerade der Umstand, daß während eines so ungeheuren Krieges die Bevölkerung ihre Goldmünzen freiwillig zur Zentralnotenbank trägt und dagegen Noten fordert — ein Vorgang, der in der Münz- und Bankgeschichte aller Länder und Völker ohne Beispiel dasteht — liefert einen überzeugenden Beweis für die Vollwertigkeit und den unerschütterlichen Kredit der Reichsbanknoten.

Die zweite Kriegsanleihe ist in Höhe von mehr als neun Milliarden gezeichnet worden. Zum Zwecke der Einzahlung auf diese Anleihe konnten Darlehen bei den Reichsdarlehnskassen entnommen werden, aber nur gegen Verpfändung anderweitiger Effekten oder solcher Kriegsanleihestücke, die bereits vor der Darlehensentnahme bezahlt waren und nicht bis zu 90, sondern höchstens bis zu 70 Prozent des Wertes der Pfänder. Auf die bloße Zeichnung wurde ein Darlehen überhaupt nicht erteilt. Die Finanzprognose der Darlehenskasse war in diesem eine ganz überraschend geringe. Sie betrug am 15. April, dem Tage nach dem ersten Einzahlungstermin, nur 21 Millionen Mk., am 7. Juli 1915 — nach Ablauf der drei ersten Einzahlungsstermine, die zur Einzahlung von 70 Prozent verpflichteten — waren auf die Anleihe insgesamt 8699,4 Millionen Mk. (95,2 Prozent) der gesamten Zeichnung bar eingezahlt. Die Finanzprognose der Darlehenskassen hatte sich bis zu diesem Tage auf 300 Millionen Mk. vermindert, so daß nicht mehr als 1,6 Prozent der eingezahlten Summe durch Darlehen der Darlehenskassen gedeckt waren. Aber wer ist denn der deutsche Finanzmann, der die in dem Artikel enthaltenen wahrheitswidrigen Behauptungen aufgestellt haben soll? Herr Maurice Strauß bezeichnet ihn, wie erwähnt, als einen Mann aus der Umgebung des Herrn Behrens, Direktor der Dresdner Bank. Tatsächlich existiert jedoch kein Direktor der Dresdner Bank namens Maurice Strauß und hat ein solcher auch niemals existiert. Es läßt sich deshalb wohl annehmen, daß Herr Maurice Strauß seinen Gewährsmann ebenso erfunden hat, wie den „fiktiven“ Direktor der Dresdner Bank, zu dessen Umgebung der Gewährsmann gehört haben soll, und wie die „fiktiven“ Behauptungen, die er diesem Gewährsmann in den Mund legt. (W. T. V.)

Donnerstag, 16. Juni 1915. Nr. 194

Dresdner Nachrichten

## Die Vorbereitung der amerikanischen Antwort.

Der New Yorker Korrespondent des „Zeit Verfassers“ meldet: Wilson und Lansing bereiten eine neue Note an Deutschland vor, worin — so sagt das französische Blatt — Deutschland gewarnt, Amerika gegenüber sich abweisend zu verhalten, und darauf aufmerksam gemacht werden soll, daß, wenn es sein Vorgehen nicht ändere, die Verantwortung dafür zu tragen habe. Roosevelt soll angeblich vorgeschlagen haben, Deutschland eine Frist von 24 Stunden zu geben, und wenn bis dahin keine befriedigende Antwort eingelaufen sei, allen Handel mit Deutschland zu verbieten, dagegen den Handel mit dem Vierverbände regierungsfreig zu fördern und zu unterstützen.

Aus Wien wird dem „Vof. Anz.“ hierzu noch berichtet: Nach dreitägiger Unterredung des Staatssekretärs Lansing mit Wilson auf dessen Sommerwohnsitz New Hampshire wurde nach einer Privatmeldung aus Washington eine vollständige Einigung beider Staatsmänner über die Stellungnahme zur deutschen Note erzielt. Lansing formuliert, so heißt es, die Antwort in der Weise, daß die Vereinigten Staaten mit solcher Genauigkeit, daß Deutschland seine Annahme oder Ablehnung in kurzen Worten mitteilen müsse und darüber entscheiden könne, ob die Fortdauer der diplomatischen Beziehungen noch Zweck habe. Nach diesen Mitteilungen wird die Haltung Wilsons und Lansing von der unbedingten Schwere der Organe zweiter und dritter Ordnung keineswegs beeinflusst.

Der Pariser „Herald“ meldet hierzu noch aus Washington: Das Staatsdepartement informierte die Presse, daß keine Verschärfung der Verhandlungen mit Deutschland eingetreten sei.

## Bryan über die deutsche Antwort-Note.

Wie aus Los Angeles gemeldet wird, erklärte Bryan, die Leitartikel über die Antwort Deutschlands hellen extreme Ansichten dar. Er glaube, die Majorität sei ledig-

lich an dem Schutze der amerikanischen Rechte interessiert. Das amerikanische Volk würde herzlich alle Schritte des Präsidenten billigen, die er für geeignet halten würde, die Amerikaner aus der Gefahrenzone fernzubalten oder die Passagiere mit Kontrebande, besonders Munition, nicht in Berührung kommen zu lassen. (W. T. V.)

## Neue Ausfuhrverbote.

b. Eine Verordnung des Reichskanzlers vom 11. Juli verbietet die Ausfuhr von Bier, Malzgetraide und Erzeugnissen aus Malz, ferner von Fleischgetraide, Suppenwürfeln und -stücken.

## Lebensmittelfürsorge der deutschen Städte.

Wie ein Berliner Blatt meldet, werden der bayerische und der preussische Städteverband in gemeinsamer Sitzung die Lebensmittelfürsorge aller deutschen Städte besprechen. Der Münchener Magistrat überwacht jetzt die Lebensmittelpreise, die 14 Tage nicht erhöht werden dürfen, scharf. (W. T. V.)

## Die Lage auf dem Balkan.

b. Nach zuverlässigen Meldungen aus Konstantinopel nehmen die türkisch-bulgarischen Verhandlungen bisher einen durchaus günstigen Fortgang. Die Meinungsverschiedenheiten verringern sich immer mehr.

## Grenzüberschreitungen.

b. Der „Secolo“ erinnert daran, daß gleich zu Beginn der Voruntersuchung im Attentatsprozess von Sofia die Verhaftung Genadiens gemeldet, aber von der bulgarischen Gesandtschaft in Rom sofort dementiert wurde. Diesmal hätte sich die Gesandtschaft auf Anfragen in Schweden. Das Blatt berichtet weiter, der Hauptangeklagte Pop Anatasoff Winkeln habe gestanden, daß noch eine Reihe von Attentaten geplant war, so besonders ein Bombenattentat auf König Ferdinand. Anatasoff habe Genadiem nicht freiwillig verraten, aber man habe in seinem Hause für Genadiem belastende Papiere und Telegramme gefunden, aus denen auch hervorgeht, daß er von Genadiem 10 000 Franken erhalten habe. Darauf habe er gestanden. Nach dieser Darstellung wäre allerdings nicht zu verstehen, warum die Verhaftung Genadiens nicht früher erfolgte. Die Entdeckung der Papiere kann doch nicht erst nach der Verurteilung Anatasoffs erfolgt sein. Der „Secolo“ sagt weiter: Die Attentate Anatasoffs hätten zu einer Diktatur Genadiens führen sollen. Man bräue in Sofia die ganze Sache auch mit dem Frontwechsel Genadiens in Verbindung, der früher ein ausgeprägter Anhänger Oesterreichs war und schließlich ein Anhänger des Dreierbundes wurde, und spreche davon, daß eine Ortschaft die Hand im Spiele gehabt habe. Die schon öfter auf ähnliche Weise in das politische Schicksal Bulgariens einzugreifen versucht hat. Das ist der „Secolo“ freilich nur als die bulgarische Ansicht wieder. Aber es ist dennoch beachtend, daß diese offene Beschuldigung Anklang widerstandslos in einem „Holländischen“ Blatt mitteilt wird. — Daß die bulgarische Gesandtschaft in Rom die Nachricht von der Verhaftung Genadiens nicht dementiert, ist nur natürlich, denn es liegt, wie ein Berliner Blatt erzählt, bereits die amtliche Verhaftung aus Sofia vor.

## Griechenlands Verhandlungen mit Bulgarien.

b. Der ins Unabsehbare wachsende Expansionsdrang Serbiens beginnt in Griechenland nach und nach ein Gegenstand schwerer Sorge zu werden. Man sieht ein, daß ansehnliche der serbischen Offensiven in Albanien die eigenen Interessen durch den bisherigen Bundesgenossen bedroht werden, und es mehren sich die Stimmen, die eine Neuorientierung der Politik Bulgariens gegenüber durch eine Verständigung über Mazedonien mit deutscher Vermittlung fordern. Die „Nea Hellas“ schreibt über diese Fragen: „Unser Bündnis mit Serbien hat das Gleichgewicht auf dem Balkan zur Grundlage. Aber Serbien hat, ohne uns zu fragen, die Eroberung von Albanien in Angriff genommen. Wozumal wird es wer weiß noch welche Länder beanspruchen, um eine Nation von 15 bis 20 Millionen zu werden. Serbien denkt in keiner Weise an Griechenland, und wenn es nicht an uns denkt, so werden wir unsere Rasse selbst überdenken. Die serbischen Vergrößerungsgelüste haben das Gleichgewicht auf dem Balkan erschüttert. Das serbisch-griechische Bündnis hat daher alle Berechtigung verloren. Die serbischen Vergrößerungen bilden sogar eine Bedrohung Griechenlands. Griechenland hat unter diesen Umständen seine Aktionsfreiheit wiedererlangt und hat nicht die geringste Verpflichtung, Serbien zu unterstützen. Es muß vielmehr seinen Interessen gemäß handeln und versuchen, durch deutsche Vermittlung eine Regelung der macedonischen Frage gemeinsam mit Bulgarien in die Wege zu leiten.“

Die „Politische Correspondenz“ meldet aus Athen: Die Verstimmung Griechenlands gegen England vermehrt sich wegen der Unruhen auf Lemnos. Englische und französische Offiziere auf Lemnos verübten Gewalttätigkeiten gegen die Bewohner, so daß sich der ganzen Bevölkerung eine außerordentliche Entrüstung bemächtigt, auch in Athen rief dies Ereignis hervor, und ein Teil der Presse verlangt ein energisches Einschreiten der griechischen Regierung.

## Japan lehnt einen Postamt deutscher Waren ab.

Der Pariser „Temps“ druckt Ausführungen aus der Schanghai-Korrespondenz, die den Schanghai ab. Das Blatt erklärt, in China seien scharfe Maßnahmen getroffen worden, um jeden Verkehr zwischen deutschen und französischen Firmen zu unterbinden. Diese Maßnahmen haben den französischen Kaufleuten ziemlich geschadet. Man hoffe, den Ausfall durch den Geschäftsverkehr mit Europa weit zu machen. Die englische Handelskammer in Schanghai wird dieselben Maßnahmen durch-

führen. Die japanischen Geschäftshäuser seien antwortend worden, sich der antideutschen Bewegung anzuschließen, das wird sich Japan wahrscheinlich absehen zu verhalten, da für die japanischen Unternehmungen aus einem Postamt der deutschen Firmen ein überaus großer Schaden entstehen würde. In Japan sei eine große Zahl von deutschen Kaufleuten anlässlich deren Käufer nach dem Kriege einen großen Aufschwung nehmen würden. Durch einen Postamt würde die Wiederaufnahme der geschäftlichen Beziehungen mit Deutschland nach dem Kriege sehr erschwert werden, und es würde ein großer finanzieller Schaden entstehen.

## Die neuesten Meldungen lauten:

### Der Postverkehr im Reichspostgebiet.

b. Berlin. (Priv.-Tel.) Der Postverkehr im Reichspostgebiet hat im ersten Halbjahre dieses Jahres gegenüber dem ersten Halbjahre 1914 eine beträchtliche Zunahme erfahren. Der Gesamtumfang betrug 28 Milliarden gegen 19 Milliarden im ersten Halbjahre 1914. Davon stellen sich die Gutschriften für die Postkonten, sowie die Postkonten auf je 11,5 Milliarden gegen 9,5 Milliarden. Es wurden aufgeschrieben durch Zahlkarten 6,4 Milliarden gegen 5,3 Milliarden, durch Ueberweisungen (bargeldlos) 5,1 Milliarden gegen 4,2 Milliarden. Von den Zahlkarten entfielen 4 Milliarden auf Vorauszahlungen gegen 3,5 Milliarden, 7,5 Milliarden auf bargeldlose Zahlungen gegen 6 Milliarden. Von den bargeldlosen Postkonten wurden durch die Abrechnungsstellen der Reichsbank abgewickelt 2,8 Milliarden gegen 2,8 Milliarden.

### Einstellung des Privatverkehrs nach Galizien.

Berlin. (Mitl.) Wegen starker Inanspruchnahme der Eisenbahnen auf dem Kriegsschauplatz in Galizien muß der bisher nach der Südbahn von Vindobona zugelassene Privat-Güter- und Paketverkehr bis auf weiteres eingestellt werden. Privatbefragungen von Gütern und Paketen können somit einweilen nach dem ganzen galizischen Kriegsschauplatz nicht angenommen werden. Bei Zweifeln über die Zugehörigkeit der Truppenteile zu den höheren Verbänden wird Anfrage bei dem nächsten Militär-Paket-Depot mittels der bei jeder Postanstalt erhältlichen grünen Karte empfohlen. (W. T. V.)

### Rußland auf der Geldschiene.

kl. Kopenhagen. (Priv.-Tel.) Der Gehilfe des russischen Finanzministers ist auf der Fahrt nach London hier eingetroffen. Die Reise beweist die Beschaffung neuer Geldmittel zur Fortführung des Krieges.

### Eine bulgarische Note an Rußland.

kl. Budapest. (Priv.-Tel.) „A. G.“ meldet aus Sofia: Ministerpräsident Radoslawow hat namens der Regierung wegen der Entschädigung für vier von russischer Seite verlorene bulgarische Barken eine energische Note an die russische Regierung gerichtet.

### Ein russischer Parteiführer über die Lage.

b. Petersburg. (Priv.-Tel.) Der Redaktionsführer Witschugow veröffentlicht in der „Nitsch“ einen aufsehenerregenden Leitartikel, der erst nach langen Verhandlungen von der Zensur durchgelassen wurde. Witschugow schreibt: Wenn das Land in diesen Tagen eine funktionierende Reichsduma sehen will, so äußert sich darin das instinktive Suchen des Volkes nach einem festen Rückhalt, wo alles um uns herum wankt. Der Selbsthaltungsdurst, der in den weitesten Volksmassen in der letzten Zeit empfunden wird, zeigt sich auch in der Forderung, einen sicheren Stützpunkt für alle vorzunehmenden Fälle neben sich zu haben. Wir unterstreichen ausdrücklich den Ausdruck: Für alle vorzunehmenden Fälle. Wir wiederholen, die Ereignisse überstürzen sich in unseren Tagen, und die Bevölkerung fühlt ängstlich das Bedürfnis nach einem festen Rückhalt. Schließlich bemerkt Witschugow noch, es handle sich bei der Einberufung der Duma nicht um etwaige Gefegentwürfe, sondern um etwas ganz anderes.

### Eine italienische Niederlage in Tripolitanien.

Lugano. (Priv.-Tel.) Nach einer vom Jenio ausgehenden Meldung der Turiner „Stampa“ verloren die Italiener bei einem Ueberfall durch abtrünnige Eingeborene acht Meilen südlich Tripolis zwei Maschinengewehre und 234 Mann.

## Vertiliches und Gächliches.

Dresden, 14. Juli.

—\* Se. Königl. Hoheit Prinz Johann Georg ist gestern mittag von Salzburg nach München und Stuttgart abgereist. In Stuttgart wird der Prinz einige Tage an Besuch beim Herzog und der Herzogin Wittold von Württemberg wohnen. Am 19. Juli wird er Stuttgart wieder verlassen und am 21. Juli in Straßburg eintreffen, um von hier aus den Herzog Robert von Württemberg in Saarburg und die daselbst befindlichen kaiserlichen Verwundeten zu besuchen. Danach wird sich der Prinz über Deming, wo ebenfalls kaiserliche Verwundete begräbt sind, zur 10. (Säch.) Ersatzdivision begeben. Am 28. d. Mis. tritt er die Rückreise nach Dresden an, wo nachts 148 Uhr die Ankunft erfolgt. — Die Frau Prinzessin Johann Georg wird voraussichtlich tags vorher von Salzburg wieder in Dresden eintreffen.

—\* Kriegsandszeichnungen. Das Eisenerne Kreuz 1. Klasse erhielt der Oberleutnant und Regiments-Adjutant im Infanterie-Regiment Nr. 184 Herbert Fiedler, Sohn der verstorbenen Frau Kaufmann Fiedler in Leipzig. Träger wurden ihm schon verliehen: der Militär-St.-Heinrichsorden, der Albrechtsorden mit Schwertern, das Eisenerne Kreuz 2. Klasse und die Großherzog. Dett. Tapferkeitsmedaille.

## Kunst und Wissenschaft.

4\* Mitteilung des Redens-Theaters. Am Donnerstag wird zum letztenmal das Puppentheater „Wie man einen Mann gewinnt“ aufgeführt. — „Aus dem Theater“ wird am Freitag Abend mit dem König. Schloßkapellmeister Alfred Meyer als Gast gegeben. Das Stück gelangt von Sonntag an bis auf weiteres allabendlich in bester Besetzung zur Aufführung.

7\* Mitteilung des Albert-Theaters. Die Direktion hat für die folgende Spielzeit die abendfüllende Fantomine „Summerrun“ von Friedrich Hebbel mit der Musik von Victor Holländer, die leinseitig im Deutschen Theater in Berlin in Max Reinhardts Inszenierung einen so großen Erfolg hatte, zur Aufführung angenommen. Die Dekorations- und Kostümbildner werden nach Entwürfen des Theatermalers Erich Stern vom Deutschen Theater hergestellt.

4\* Bibliothekar Dr. Albert Voersch 4. Aus Leipzig wird uns geschrieben: In den Kämpfen im Westen fiel Anfang Juli der Bibliothekar an der Leipziger Stadtbibliothek Dr. Albert Voersch als Leutnant und Kompagnieführer in einem bayerischen Reserve-Regiment. Unter Pandrachts Einfluß schrieb Voersch seine Doktorarbeit „Studien zur frühromantischen Politik und Geschichtsauffassung“. Er plante, ein größeres Werk zu schreiben, in dessen Mittelpunkt die Ansichten und das Wirken Friedrich Schlegels und Adam Müllers stehen sollten. Das Buch ist leider fragment geblieben, was als ein Verlust für die Wissenschaft zu beklagen ist. — Bei den Kämpfen im Südbal kan erwartete Voersch das Eisenerne Kreuz und den bayerischen Militärverdienstorden mit Schwertern. Bei Arras wurde er schwer verwundet. Während der Zeit, die er in Leipzig zu seiner Genesung verbrachte, schrieb er eine vorläufige philosophische Studie über den Krieg, die von der „Akademischen Rundschau“ veröffentlicht wurde. Voersch führte darin den Gedanken aus, daß der Krieg etwas Naturgegebenes wie der Staat sei, etwas mit dem Wesen des Staates notwendig verknüpft. Der Gelehrte zog

wieder ins Feld und ist nun bei Arras gefallen. Mit Dr. Voersch, der ein Alter von 35 Jahren erreicht hat, ist ein Gelehrter aus dem Leben geschieden, auf dessen wissenschaftliches Streben und Arbeiten man mit Recht große Hoffnungen setzen durfte.

4\* Leo Slezak hat in der letzten Spielzeit die Gesamteinnahmen seiner Konzerte ausnahmslos zu Zwecken der deutschen wie der österreichischen Kriegsfürsorge gestiftet. Der Betrag, der dadurch dem Zwecke zuzufloß, darf auf etwas über 75 000 Mk. beziffert werden. Der Künstler gedenkt, in der nächsten Spielzeit wieder seine Kunst ganz dem gleichen Zwecke zu widmen. Er wird seine Bühnendätigkeit im vollen Umfang erst nach Friedensschluss aufnehmen.

## Gottfried Keller und R. F. Meyer.

Zu Gottfried Kellers 25. Todestag. Zu große Schweizer Dichter, dessen Todestag am 15. Juli zum 25. Male jährt, war ein feiner, brünniger, eigenwilliger Herr, mit dem nicht immer leicht auszukommen war. Auch mit seinem großen schweizerischen Landsmann Konrad Ferdinand Meyer hat er sich nicht immer gut vertragen. Dazu waren die beiden Dichternaturen auch zu verschieden geartet. Wenn Charlotte von Schiller im Hinblick auf Goethe und Schiller, deren Verhältnis zueinander man oft mit dem der beiden Züricher Dichter verglichen hat, sagt: „Zwei Geister, die große Kräfte haben, müssen sich in ihrer Bahn begegnen; aber keiner braucht den anderen in seinen Kreis hineinzuzwingen.“ Zwei solche genialische Naturen können sich nicht nahe einander bilden, so läßt sich das auch auf Gottfried Keller und Konrad Ferdinand Meyer anwenden. Es war dem Schöpfer des „Grünen Heinrich“ auf die Dauer verdrüßlich, immerfort in einem Atem mit Konrad Ferdinand Meyer genannt zu werden und sich stets als „Genosse einer Schweizerfirma Keller und Meyer“ aufgeführt zu sehen. Er machte daraus dem jüngeren Dichter kein Heil. „Was

Sie bei meinem neuesten Besuche sagten,“ schreibt Meyer einmal an ihn, „daß Ihnen das Zusammengekommen oder Abgeldeitwerden nicht angenehm sei, ist auch mein Gefühl.“ Der misstrauische Keller scheint das Gegenteil vermutet zu haben; denn Meyer steht sich einige Zeit später zu einer Rechtfertigung gezwungen. „Western“, so schreibt er, „da ich meiner Zeitung zugehört habe, sagte das Kind: „Da bist Du, Papa, und wer ich neben Dir?“ Ich sah zu und mußte lachen. Das ist doch wahrlich eine demonstratio ad oculos, daß ich an den misliebigen Vergleichen und Zusammenstellungen unschuldig bin! Diesen Artikel hätte ich mir denn doch nicht bestellt (wie überhaupt keinen!)“

Für Kellers Reichbarkeit in den letzten Jahren ist auch eine Geschichte dezinierend, die uns Meyer überliefert hat. Als sich im Jahre 1884 der Ausbruch des Gelbfebrers an ihn wandte und ihn dat, er möge den Kufur mit unterzeichnen, da sagte Meyer zu, aber nicht ohne seinen Dichterkollegen Keller. Er übernahm es sogar selbst, Keller um seine Unterschrift zu bitten, da er wohl wußte, er würde gekränkt sein, daß man ihn nicht zuerst aufgefordert habe. Als ich nun zu Keller komme, steigt dem die Galle auf, und er schreit mir die Worte ins Gesicht: „Ja, aber der Rodenberg zahlt mir doch höhere Honorare als Ihnen.“ Wie man in der Welt, nicht wissend wie, jemandem das Nächtliche, einen Stein, eine Kanne, gegen den Schödel wirft. Da stieg mir das Blut ins Gesicht, und ich konnte kaum an mich halten. Aber ich haß mir mit einer Hand und sagte: „Sie wollten mir ja Deibels „Grünhild“ einmal geben, ich möchte Sie mitnehmen.“ Nun lag die „Grünhild“ nicht zur Hand, sie war im Budgetheft, und Keller konnte sie nicht finden. Er suchte im untersten Fach. Dabei mußte er sich bücken, was ihm bei seiner Körpergröße schwer fiel. Aber ich sagte nicht: „Lassen Sie, ich will Sie nächstens mitnehmen oder Sie können Sie schicken.“ Ich ließ ihn suchen, bis er sie hatte. Inzwischen war ich ruhig geworden, konnte weiterprechen, die Sache arrangierte sich, und wir schieden ohne Bruch. Meyer nahm aber die ihm



Dem Ruffher Landgraf in Remse wurde die Friedrich-August-Medaille in Silber und dem Schuhmann A. D. Mittelbach in Meichenberg die Friedrich-August-Medaille in Bronze verliehen.

Der feierliche Schluss des Landtages ist durch ein königliches Dekret auf morgen Donnerstag, nachmittags 1 Uhr, im Sitzungssaale der Ersten Kammer festgesetzt.

Die außerordentliche Deputation II der Zweiten Kammer beantragt zu dem Entwurf eines Gesetzes, die Dinandische Fabrik der Reuwaren für die Zweite Kammer, die Kammer wolle beschließen: bei den Beschlüssen der Zweiten Kammer zum königlichen Dekret Nr. 7 stehen zu bleiben.

Verarbeitungsverbot für Seide. Die stellvertretenden Generalkommandos des 12. und 19. Armeekorps erlassen eine Bekanntmachung betr. Verarbeitungsverbot und Versandhebung von Seide und Seidenabfällen. Die Verordnung tritt morgen, am 15. Juli, in Kraft.

Erhöhung der Droschkenfahrpreise. Nach einer Bekanntmachung der Königl. Polizeidirektion ist den hiesigen Droschkenfahrern in Rücksicht auf die eingetretene große Verteuerung ihrer gesamten Betriebsmittel für die Dauer des Krieges ein besonderer Tarif bewilligt worden, durch den die Fahrpreise der Kraftdroschken um etwa 30 Prozent, die der Pferdroschken um etwa 25 Prozent erhöht werden. Dieser Tarif tritt am 15. Juli d. J. in Kraft. Die Preisermäßigung erstreckt sich auf alle Verträge, welche vom Fahrpreisangezeiger angezeichnet werden; ausgenommen bleiben also nur Brücken- und Fährgebühren, sowie der Bahnhofsmarkenzuschlag. In jeder Droschke befindet sich von dem erwähnten Lage an eine polizeilich beglaubigte Tabelle, aus der zu ersehen ist, welcher Betrag an Stelle des vom Fahrpreisangezeiger angezeigten jeweiligen Fahrpreises zu entrichten ist. Die Droschkenführer sind verpflichtet, den Fahrgästen nach beendeter Fahrt vor Einkassierung des Fahrpreises diese Tabelle unangefordert vorzulegen.

Die Kasse der Städtischen Straßenbahn, Scheffelstraße 2, 1. und 2. Obergesch. ist für die Verlängerung von Betriebsarten am Donnerstag und Freitag, den 15. und 16. Juli, von vormittags 8 Uhr bis nachmittags 6 Uhr ununterbrochen offen.

Der Dresdner Hilfsverein für Stadt und Kreis Darlehen mit dem Sitz in Dresden ist gestern in das Vereinsregister des hiesigen Königl. Amtsgerichts eingetragen worden.

Der letzte Schultag vor den großen Ferien! Heute wurden die hiesigen Schulen — die höheren und die Volksschulen — geschlossen. Die Ferien dauern vom 15. Juli bis 15. August. Der Schulunterricht nach den Ferien für die Volksschulen wird Montag, den 16. August, der für die höheren Schulen und Lehranstalten Donnerstag, den 19. August, wieder beginnen.

Ein Wetterumschwung ist im Laufe der letzten Stunden in Erscheinung getreten, nachdem das Barometer von gestern auf heute zum ersten Male seit zwei Monaten eine auffallende Abwärtsbewegung um fast 7 Millimeter verzeichnet hat. Die gegenwärtige Luftdruckverteilung hat zu allen Jahreszeiten unruhiges und unbeständiges Wetter zur Folge. Einem Tief über dem Norden liegt ein Hoch in der südlichen und westlichen Hälfte Europas gegenüber, eine Wetterlage, die eine heftige Luftbewegung und hart wechselnde Bewölkung bedingt. Gerade jetzt beschäftigt man sich mehr denn je mit der Wetterlage, haben doch heute in Sachsen die großen Ferien begonnen, für deren ungetrübten Genuss man sich naturgemäß das schönste Wetter wünscht. Wenn man allerdings der alten Bauernregel, daß der dritte Tag nach dem Mondwechsel, den wir vorgerühmt mit dem Neumond zu vergleichen hatten, für den Witterungsverlauf der folgenden Tage maßgebend ist, Glauben schenkt, so wären vorerhand die Wetteraussichten für die erste Zeit der Ferien nicht die günstigsten. Interessant ist, daß mit dem starken Barometerrückgang wiederum Erdbeben aufgetreten sind, die diesmal, wie im Morgenblatt gemeldet, die kanarischen Inseln heimgesucht haben.

Sturz aus dem Fenster. In einem Krankheitsanfall stürzte heute vormittag in der 12. Stunde eine aus Pesterwitz stammende, im Krankenhaus Friedrichstadt untergebracht 55 Jahre alte Frau aus einem offenen Fenster des zweiten Stockwerks auf das Steinpflaster hinab und trug so schwere Verletzungen davon, daß sie sofort tot war. Sie sollte ihres leidenden Zustandes wegen in die Heil- und Pflegenstalt übergeführt werden.

Festnahme flüchtiger Kriegsgefangener. Die am Sonnabend bei Königsbrück entwichenen zwei russischen Kriegsgefangenen sind in GutsMuths bei Ruffen aufgefressen und in das Königsbrücker Lager zurückgebracht worden.

Die Feuerwehr rückte gestern Abend nach 8 Uhr nach Pohlstraße 18 aus. Dort war infolge Einatmens von Rauchgas eine 19jährige Stenographin bewusstlos geworden. Die von der Feuerwehr angelegten Wiederbelebungsvorkehrungen waren ohne Erfolg. Es liegt vermutlich Unklarheit vor. — Gegen 12 Uhr nachts wurde die Feuerwehr zu einem auf dem Köstnerbahnhof an der Kgl. Straße ausgebrochenen Brandeinsatz gerufen.

Deffentliche Versicherungen in auswärtigen Amtsgerichten. Sonnabend, 6. November. Radeberg: Paul Bruno Tschandert Grundstück „Hotel Rellerhof“, an der Eisenbahnstraße, Ecke Bismarckstraße, gelegen, 41,3 Ar groß und einschließend 0024,50 M. bewerteten mitmahlischen Zubehörs auf 151.450,50 M. geschätzt.

Jittau. Die am 12. Juli aus Dornhennersdorf entwichenen Kriegsgefangenen sind ergriffen und ins hiesige Kriegsgefangenenlager eingeliefert worden.

Der Ruffher Landgraf in Remse wurde die Friedrich-August-Medaille in Silber und dem Schuhmann A. D. Mittelbach in Meichenberg die Friedrich-August-Medaille in Bronze verliehen.

Der feierliche Schluss des Landtages ist durch ein königliches Dekret auf morgen Donnerstag, nachmittags 1 Uhr, im Sitzungssaale der Ersten Kammer festgesetzt.

Die außerordentliche Deputation II der Zweiten Kammer beantragt zu dem Entwurf eines Gesetzes, die Dinandische Fabrik der Reuwaren für die Zweite Kammer, die Kammer wolle beschließen: bei den Beschlüssen der Zweiten Kammer zum königlichen Dekret Nr. 7 stehen zu bleiben.

Verarbeitungsverbot für Seide. Die stellvertretenden Generalkommandos des 12. und 19. Armeekorps erlassen eine Bekanntmachung betr. Verarbeitungsverbot und Versandhebung von Seide und Seidenabfällen. Die Verordnung tritt morgen, am 15. Juli, in Kraft.

Erhöhung der Droschkenfahrpreise. Nach einer Bekanntmachung der Königl. Polizeidirektion ist den hiesigen Droschkenfahrern in Rücksicht auf die eingetretene große Verteuerung ihrer gesamten Betriebsmittel für die Dauer des Krieges ein besonderer Tarif bewilligt worden, durch den die Fahrpreise der Kraftdroschken um etwa 30 Prozent, die der Pferdroschken um etwa 25 Prozent erhöht werden. Dieser Tarif tritt am 15. Juli d. J. in Kraft. Die Preisermäßigung erstreckt sich auf alle Verträge, welche vom Fahrpreisangezeiger angezeichnet werden; ausgenommen bleiben also nur Brücken- und Fährgebühren, sowie der Bahnhofsmarkenzuschlag. In jeder Droschke befindet sich von dem erwähnten Lage an eine polizeilich beglaubigte Tabelle, aus der zu ersehen ist, welcher Betrag an Stelle des vom Fahrpreisangezeiger angezeigten jeweiligen Fahrpreises zu entrichten ist. Die Droschkenführer sind verpflichtet, den Fahrgästen nach beendeter Fahrt vor Einkassierung des Fahrpreises diese Tabelle unangefordert vorzulegen.

Die Kasse der Städtischen Straßenbahn, Scheffelstraße 2, 1. und 2. Obergesch. ist für die Verlängerung von Betriebsarten am Donnerstag und Freitag, den 15. und 16. Juli, von vormittags 8 Uhr bis nachmittags 6 Uhr ununterbrochen offen.

Der Dresdner Hilfsverein für Stadt und Kreis Darlehen mit dem Sitz in Dresden ist gestern in das Vereinsregister des hiesigen Königl. Amtsgerichts eingetragen worden.

Der letzte Schultag vor den großen Ferien! Heute wurden die hiesigen Schulen — die höheren und die Volksschulen — geschlossen. Die Ferien dauern vom 15. Juli bis 15. August. Der Schulunterricht nach den Ferien für die Volksschulen wird Montag, den 16. August, der für die höheren Schulen und Lehranstalten Donnerstag, den 19. August, wieder beginnen.

Ein Wetterumschwung ist im Laufe der letzten Stunden in Erscheinung getreten, nachdem das Barometer von gestern auf heute zum ersten Male seit zwei Monaten eine auffallende Abwärtsbewegung um fast 7 Millimeter verzeichnet hat. Die gegenwärtige Luftdruckverteilung hat zu allen Jahreszeiten unruhiges und unbeständiges Wetter zur Folge. Einem Tief über dem Norden liegt ein Hoch in der südlichen und westlichen Hälfte Europas gegenüber, eine Wetterlage, die eine heftige Luftbewegung und hart wechselnde Bewölkung bedingt. Gerade jetzt beschäftigt man sich mehr denn je mit der Wetterlage, haben doch heute in Sachsen die großen Ferien begonnen, für deren ungetrübten Genuss man sich naturgemäß das schönste Wetter wünscht. Wenn man allerdings der alten Bauernregel, daß der dritte Tag nach dem Mondwechsel, den wir vorgerühmt mit dem Neumond zu vergleichen hatten, für den Witterungsverlauf der folgenden Tage maßgebend ist, Glauben schenkt, so wären vorerhand die Wetteraussichten für die erste Zeit der Ferien nicht die günstigsten. Interessant ist, daß mit dem starken Barometerrückgang wiederum Erdbeben aufgetreten sind, die diesmal, wie im Morgenblatt gemeldet, die kanarischen Inseln heimgesucht haben.

Sturz aus dem Fenster. In einem Krankheitsanfall stürzte heute vormittag in der 12. Stunde eine aus Pesterwitz stammende, im Krankenhaus Friedrichstadt untergebracht 55 Jahre alte Frau aus einem offenen Fenster des zweiten Stockwerks auf das Steinpflaster hinab und trug so schwere Verletzungen davon, daß sie sofort tot war. Sie sollte ihres leidenden Zustandes wegen in die Heil- und Pflegenstalt übergeführt werden.

Festnahme flüchtiger Kriegsgefangener. Die am Sonnabend bei Königsbrück entwichenen zwei russischen Kriegsgefangenen sind in GutsMuths bei Ruffen aufgefressen und in das Königsbrücker Lager zurückgebracht worden.

Die Feuerwehr rückte gestern Abend nach 8 Uhr nach Pohlstraße 18 aus. Dort war infolge Einatmens von Rauchgas eine 19jährige Stenographin bewusstlos geworden. Die von der Feuerwehr angelegten Wiederbelebungsvorkehrungen waren ohne Erfolg. Es liegt vermutlich Unklarheit vor. — Gegen 12 Uhr nachts wurde die Feuerwehr zu einem auf dem Köstnerbahnhof an der Kgl. Straße ausgebrochenen Brandeinsatz gerufen.

Deffentliche Versicherungen in auswärtigen Amtsgerichten. Sonnabend, 6. November. Radeberg: Paul Bruno Tschandert Grundstück „Hotel Rellerhof“, an der Eisenbahnstraße, Ecke Bismarckstraße, gelegen, 41,3 Ar groß und einschließend 0024,50 M. bewerteten mitmahlischen Zubehörs auf 151.450,50 M. geschätzt.

Jittau. Die am 12. Juli aus Dornhennersdorf entwichenen Kriegsgefangenen sind ergriffen und ins hiesige Kriegsgefangenenlager eingeliefert worden.

Landgericht. Der 1886 in Dresden geborene Arbeiter Arthur Alfred Schenk hat einem Arbeitsgenossen aus dessen Wohnung in der Klaustraße eine silberne Uhr mit einem Uhrarmband. Da Schenk rückfällig ist, verurteilt ihn das Gericht zu 3 Monaten Gefängnis. — Der 1888 in Galtz geborene, zuletzt in Wüßeln wohnhafte Funktionär Johann Karl August Uhlisch hat sich wegen Beamtenbeleidigung zu verantworten. Der Angeklagte, der am 24. Januar 1914 vom Schwurgericht Dresden wegen Meineids zu 2 Jahren 6 Monaten Zuchthaus verurteilt worden war, suchte vom Zuchthaus aus sein Wiederaufnahmeverfahren zu betreiben. Zu diesem Zweck erstattete er gegen einige der Zeugen, die in seinem Meineidsverfahren als Zeugen vernommen worden waren, Anzeige wegen Meineids. Von der Staatsanwaltschaft wurden auch Verfahren gegen die Betreffenden eingeleitet, aber, nachdem sich herausgestellt hatte, daß nichts Befehlendes gegen sie vorzubringen war, wieder eingestellt. Uhlisch richtete darauf an das Oberlandesgericht zwei Beschwerdeschriften, die eine Anzahl gegen einen hiesigen Staatsanwalt gerichtete beleidigende Äußerungen enthielten. Uhlisch wird wegen Beamtenbeleidigung zu 10 Monaten Gefängnis verurteilt. — Wegen Zuwiderhandlung der Bundesratsverordnung über die Regelung des Verkehrs mit Brotgetreide und Mehl werden der Guddesbeker Robert Hermann Hegger in Marferrbach bei Gottleuba zu 30 M. Geldstrafe, dessen Ehefrau zu 30 M. Geldstrafe und der Guddesbeker Friedrich August Hermann in Steinbach zu 300 M. Geldstrafe verurteilt. — Der 1898 in Schlesien geborene Buchbinder Hermann Paul Helmae entwendete im März d. J. in Dresden zwei seiner Arbeitsgenossen, Angehörigen in der Lichtzentrale im Arsenal, eine Brieftasche mit 25 M. Inhalt und einen Regenmantel. Einem in der Klaustraße wohnhaften Kaufmann, bei dem er auf Untermiete wohnte, stahl er eine vergoldete Uhrkette, zwei goldene Ringe und Silbergegenstände. Schließlich entwendete Helmae noch einen hiesigen Buchbindermeister, in dessen Betrieb er vorübergehend angestellt war, verschiedene Schreibwaren. Das Gericht verurteilt ihn wegen einfachen Diebstahls zu 5 Monaten 2 Wochen Gefängnis. — Die noch unbestrafte, 1888 geborene Zeitungsträgerin Amanda Clara Hänisch führte vom Herbst 1914 bis zum Frühjahr 1915 in Dresden 28 Kellerdiebstähle aus. In den meisten Fällen bediente sich die Diebin, die mit großer Dreistigkeit vorging, falscher Schlüssel. In einigen Fällen riß sie die Schloßhaken aus den Türspalten heraus. Der Wert der von der Hänisch gestohlenen Gegenstände, Rohfen, Wein, Konserven, Fleischwaren und Kartoffeln, betrug mehrere hundert Mark. Am 23. Mai wurde die Hänisch bei der Ausführung eines neuen Diebstahls überrascht und festgenommen. Das Gericht verurteilt die Angeklagte, die gefängnis ist, unter Possibilium mildernder Umstände zu 3 Jahren 6 Monaten Gefängnis, von denen 6 Wochen als verbüßt gelten. Die Ehrenrechte werden ihr auf 3 Jahre aberkannt.

Außerordentlicher sächsischer Landtag. Erste Kammer. Zur Schlussberatung in der heutigen Sitzung steht zunächst die auf Grund von § 88 der Verfassungsurkunde erlassene Notverordnung über zeitweilige Abänderung einiger Bestimmungen des

Schulgesetzes und des Kaninchengesetzes. Für die erste Deputation erstattet Kammerherr Sahrer v. Sahr, Ehrenberg, den Bericht und beantragt in Uebereinstimmung mit der Zweiten Kammer zu beschließen, zu dem Erlaß und Inhalte der Verordnung die verfassungsmäßige Zustimmung nachträglich zu erteilen.

Generalmajor A. D. v. Rosspoth, Leubnitz bei Plauen i. V., hat große Bedenken gegen die Notverordnung. Der Diebstahl sei fast immer viel geringer, als bei der Anmeldung angegeben werde. Der Redner spricht namentlich gegen die Bestimmungen über die Fasanen und Kaninchen. Der Deputationsantrag wird einstimmig angenommen.

Dieses Deputation läßt durch Oberbürgermeister Dr. K. Meißner, Bericht erstatten über eine zweite Notverordnung, die

Genehmigung zur Errichtung von Gemeinde- und Schulsparksassen

betreffend und über die hierzu eingegangenen Petitionen. Beantragt wird, in teilweiser Abweichung von den Beschlüssen der Zweiten Kammer zu beschließen, zum Erlaß und Inhalte der Verordnung die verfassungsmäßige Zustimmung nachträglich zu erteilen, dagegen über die Petitionen in Uebereinstimmung mit der Zweiten Kammer zu beschließen. Dem weitergehenden Beschlusse der jenseitigen Kammer, die Verordnung bis zum 31. Dezember 1918 zu befristen, tritt der Antrag der Ersten Kammer demnach nicht bei. Zur Begründung des Standpunktes der Deputation weist der Berichterstatter vor allem darauf hin, daß es der Befristung deshalb nicht bedürfte, da unser jetzt gültiges Sparkassengesetz sich ausgezeichnet bewährt habe und die sächsischen Sparkassen sich unter seiner Wirkung in kaum geahnter Weise entwickelt hätten. Es habe also mit der Schaffung eines neuen Sparkassengesetzes durchaus keine Eile.

Oberbürgermeister Reil, Zwickau, erklärt sich für den Wegfall der Befristung und macht darauf aufmerksam, daß nach dem Außertritttreten der Notverordnung die wilden Sparkassen in großer Zahl entstehen würden. Aus diesem Grunde wäre ein neues Sparkassengesetz recht bald erwünscht. Von einem neuen Sparkassengesetz befürwortet er aber eine Beschränkung der Selbständigkeit der Gemeinden und ist deshalb nicht in der Lage, die Regierung zu bitten, und ist deshalb nicht in der Lage, die Regierung zu bitten, und ist deshalb nicht in der Lage, die Regierung zu bitten.

Die Petition der sächsischen Sparkassenverbände gibt dem Redner Veranlassung, die Frage des Oberaufsichtsrats der Regierung zu besprechen. Der Minister habe in der Zweiten Kammer bei Gelegenheit der Beratung der Notverordnung die Erklärung abgegeben, daß die Regierung das Aufsichtsrecht so handhaben wolle, daß der Rechtsmittelweg nicht abgeschritten werde. Er frage, wer künftig zuständig sein solle, wenn sich das Ministerium des Innern in Sparkassenangelegenheiten in erster und letzter Instanz für zuständig erkläre.

Minister des Innern Graf Bismarck: Die Regierung wird sich zwar in der Regel an die durch die Gesetze angeordneten Instanzen halten, es können aber Ausnahmefälle vorkommen, wo die Staatsnotwendigkeiten gebieten, unter Umgehung von gegebenen Instanzen in der Weise einzugreifen, daß die Regierung in erster und letzter Instanz entscheidet. Die Oberaufsicht ist von jeher in dem Sinne entschieden. Die wesentlichen Richtlinien sind in der Generalverordnung vom Jahre 1880 niedergelegt. Das Oberverwaltungsgericht hat sich nicht dahin festgelegt, daß das Recht der Oberaufsicht dem Ministerium nicht zustehe. Das Ministerium glaubt, daß sie nur ganz selten Veranlassung haben wird, von ihrem Oberaufsichtsrecht Gebrauch zu machen.

Oberbürgermeister Dr. Dehne, Plauen, bepricht die Frage des Umfangs des Aufsichtsrechts, wonach Ministerialdirektor Geh. Rat Dr. Rölcher hierauf antwortet und bemerkt, daß die Sparkassenordnungen Sächsens zum Teil mehrere Menschenalter alt seien; hieraus ergebe sich schon, daß die vom Vorredner angeführte Frage nicht so einfach zu beantworten sei. Auf jeden Fall hätten sich die sächsischen Sparkassen ganz gewaltig entwickelt. Wenn man von den bisherigen Grundsätzen über die Aufsicht und deren Umfang abweichen wollte, so würde man den Fortschritt in der Sparkassenverwaltung unserer Gemeinden ganz außerordentlich hemmen. Auf jeden Fall werde das Aufsichtsrecht milde und zum Vorteil der Sparkassen gehandhabt. — Oberbürgermeister Reil ist von den Erklärungen des Ministers nicht ausreichend befriedigt, auch Oberbürgermeister Dr. Dehne kann seine Bedenken nicht völlig als be-

hoben ansehen. Oberbürgermeister Dr. Dietrich, Leipzig, bittet die Regierung, das Oberaufsichtsrecht nur anzuwenden, wenn sie sich auf die Verordnung vom Jahre 1880 stützen könne und Sparkassenangelegenheiten vorliegen.

Die Deputationsanträge werden hierauf einstimmig angenommen. Nächste Sitzung morgen, Donnerstag, vormittag 11 Uhr.

Zweite Kammer. In der Regierunde beider Kammern befand sich heute ein königliches Dekret, das den feierlichen Schluss des Landtages auf morgen, Donnerstag, nachmittags 1 Uhr im Sitzungssaale der Ersten Kammer durch den vorstehenden Minister im Gesamtministerium Kultusminister Dr. Beck anordnet.

Den einzigen Punkt der heutigen Tagesordnung, den wichtigsten, der überhaupt von außerordentlichen Landtag zu erledigen ist, bildet die Schlussberatung über das Dekret über die von der Regierung aus Anlaß des Krieges getroffenen

Maßnahmen zur Sicherstellung der Volksernährung und über den Antrag Rölcher über die zu ergreifenden Maßnahmen, die Volks- und Viehernahrung im Erntejahre 1916 zu sichern und eine über das sachlich begründete Maß hinausgehende Preisbildung zu verhindern. Die außerordentliche Deputation I hat einen 53 Seiten umfassen Bericht erstattet. Berichterstatter ist Abg. Göpfer (natl.), Mitberichterstatter sind Abg. Schmidt, Freiberg (kons.) und Abg. Lange, Leipzig (Soz.). Die Deputation stellt folgende

Anträge: Die Kammer wolle beschließen: I. die Regierung zu eruchen, dahin zu wirken, daß bei den Maßnahmen, die ergriffen werden müssen, um die Volks- und Viehernahrung bis zur Einbringung der Ernte 1916, besonders durch Bergung der Ernte, unter Ermöglichung weiterer landwirtschaftlicher Produktion zu sichern und eine über das sachlich begründete Maß hinausgehende Preisbildung zu verhindern, folgende Grundzüge beachtet werden:

1. Das Ausfuhrverbot für alle Lebensmittel ist beizubehalten und im allgemeinen streng durchzuführen.

2. Die Nahrungsmittelvorräte sind in erster Linie der menschlichen Ernährung zu sichern, daneben ist aber auch der Viehhaltung vermehrte Aufmerksamkeit zuzuwenden.

a) Eine Kriegsausmaßung ist beizubehalten. b) Die Herstellung von Mehl, Kornbranntwein und Spiritus ist auf das notwendigste Maß zu beschränken.

c) Aus den Kartoffelbeständen der neuen Ernte sind so viel Speisekartoffeln, als für die menschliche Ernährung notwendig sind, zu sichern und den Verbrauchern zur Verfügung zu stellen.

d) Nach Sicherstellung des Bedarfs für das Heer, für die Marine und für die Zivilbevölkerung sind die verbleibenden landwirtschaftlichen Erzeugnisse den Landwirten zur Verfügung zu stellen, damit diese in der Lage sind, aus- und Schlachtvieh durchzuführen.

e) Die Selbstwirtschaft der Kommunalverbände mit dem durch die Bundesratsverordnung beschlossenen und entgelteten Brotgetreide ist mit allen Mitteln zu fördern. Auf die zweckentsprechende Bildung leistungsfähiger Kommunalverbände ist hinzuwirken.

3. Die Zuteilung von Brot und Mehl in bestimmten Mengen auf den Kopf der Bevölkerung ist beizubehalten und reichlicher zu bemessen. Die Stredungsbeschränkungen sind, wenn nicht unbedingt erforderlich, aufzuheben.

4. Der Nahrungsmittelsteuerung ist durch eine zeitweilige Festsetzung der Höchstpreise in weiterer Umsfange und in wirksamerer Weise als bisher, insbesondere sowohl für den Groß- wie für den Kleinhandel, entgegenzuwirken.

a) Die Höchstpreise für Getreide und seine Nachprodukte, sowie für Speisekartoffeln sind demnach zu bestimmen, sie sind zu bemessen nach dem Durchschnitt der letzten 10 Jahre, ausnahmslos eines durch den Kriegszustand bedingten durchschnittlichen Verbrauches. Insbesondere bei Aufbeahrung und Selbstkosten für pflegliche Behandlung sind zu vergüten.

b) Auf die Höchstpreise ist durch Festsetzung von Stabpreisen für Schlachttiere und Verkaufspreisen für Schweinefleisch einzuwirken. Im Einklang hiermit sind entsprechende Höchstpreise für Futter- und Düngemittel festzusetzen. Bei der Reichsregierung ist darauf hinzuwirken, daß sie für Beschaffung solcher Futter- und Düngemittel Sorge.

c) Die undegrandet hohen Zuckerpriese sind durch sofort zu ergreifende Maßnahmen auf die normale Höhe zurückzuführen.

5. Die festgesetzten Höchstpreise dürfen bis zur Einbringung der Ernte 1916 nicht gesteigert werden.

6. Eine Umgehung der Höchstpreise und der Zucker mit notwendigen Lebensmitteln, sowie mit Futter- und Düngemitteln sind wirksam unter Strafe zu stellen.

II. die Petitionen der sächsischen Mühlenverbände und des Verbandes sächsischer Konsumvereine durch die gefassten Beschlüsse für erledigt zu erklären, die Petition der Kriegsgetreidekommissionäre und des Getreidehandels des Königreichs Sachsen dagegen, soweit sie durch die gefassten Beschlüsse nicht erledigt ist, auf sich beruhen zu lassen, die Eingabe der Radeberger und Umgebungs- und Gartenverein an das königliche Ministerium des Innern aber als unzulässig zurückzuweisen.

Berichterstatter Abg. Göpfer (natl.): Die Verhandlungen in der Deputation sind etwas erweitert worden dadurch, daß wir die neue Bundesratsverordnung vom 28. Juni über den Verkehr mit Brotgetreide und Mehl und die Verordnung des sächsischen Ministeriums des Innern vom 30. Juni über die neuen Aufgaben der Kommunalverbände usw. mit in Beratung gezogen haben. Im übrigen ist im Bericht selbst eingehend über den Gang der Verhandlungen alles niedergelegt und ich kann Ihnen nur empfehlen, die von der Deputation einstimmig gefassten Anträge anzunehmen.

Mitberichterstatter Abg. Schmidt-Freiberg (kons.): Im Bericht selbst wird schon erwähnt, daß starke Gegenstände in den Ausnahmen hervorgerufen sind. Sie sind aber alle überwunden worden, da ein harter Einigungs-wille auf allen Seiten vorhanden war und auch ein einigermaßen Band, nämlich dahinzustreben, dem Volke so billig wie möglich Nahrungsmittel zu sichern. Die konservativen Mitglieder der Deputation sind den Anträgen über die Festlegung von Höchstpreisen beigetreten, sie stehen aber auf dem Standpunkte, daß die Sicherstellung der Volksernährung nur gewährleistet ist durch die Sicherstellung der Produktion. Es ist ganz natürlich, daß, wenn die Sicherstellung für die Produktion gewährleistet werden soll, dann Höchstpreise für die Produktion bewilligt werden müssen. Bezüglich der Frage der Dauer waren habe ich die Bitte an die Regierung, das nächste Mal, wenn sie wieder in die Lage versetzt sein sollte, derartige Anordnungen zu treffen, doch den Weg des gemeinsamen Erlasses zu beschreiten, damit das Publikum nicht erst wieder in Angst versetzt wird. Wir sind auch dem Antrag beigetreten, daß die Selbstwirtschaft der Kommunalverbände mit dem Brotgetreide mit allen Mitteln gefördert ist. Nur haben wir den ganz gerechtfertigten Wunsch, daß man auch den Landwirten die Selbstversorgung möglichst erleichtere. Gegen die Festlegung von Höchstpreisen für Schlachtvieh haben wir große Bedenken, und zwar hinsichtlich der Durchführbarkeit. Wir stehen dabei nicht allein, sondern auch die Regierung und die Handelskammern teilen unsere Bedenken. Mindestens müssen sich die Verkaufspreise den

Dresdner Nachrichten Nr. 194



Stallpreisen möglichst nähern. Die Vadenfleischhaber haben von dem Gewinn, der zwischen Stall- und Verkaufspreisen sich ergibt, nur den geringsten Nutzen, den Hauptgewinn streichen vielmehr die Zwischenhändler ein, die ja manchmal mit Wucherpreisen gearbeitet haben. Weiter fordern wir, daß Maßnahmen getroffen werden, die es den Kommunalverbänden ermöglichen, nach den Höchstpreisen für Getreide die Höchstpreise zu bestimmen. Wir freuen uns, daß im Ausschussrat der Kriegsgewerkschaften nunmehr auch Vertreter der Erwerbstätigen Sitze und Stimme haben. Nach den neuen Bestimmungen sollen in Zukunft 7 Landwirte, 7 Vertreter der großen Städte und 3 Vertreter des Handwerks im Ausschussrat. Ich bedauere, daß man seit der Handwerker in dem Ausschussrat vergessen hatte. (Sehr richtig!) Für die Landwirte besteht allerdings eine sehr beschränkte Bewegungsfreiheit, denn ihre Vertreter werden vom Ausschussrat ernannt. Wir hoffen, daß unsere Anträge mit dazu beitragen, die Volksernährung zu sichern und die Preise der notwendigen Lebensmittel auf das zulässige Maß zurückzuführen.

Abg. Vange-Weipzig (Soz.) führt als Mitberichterstatler aus, der vorliegende Bericht habe natürlich die Ernährungsfrage nicht gelöst. Es handle sich nur darum, die Regierung zu veranlassen, bei ihrem beschränkten Einflusse im Bundesrat dort die Erfüllung unserer Wünsche durchzusetzen. Mit der Bekanntgabe der Höchstpreise scheint man bloß auf den Schluss des sächsischen Landtags zu warten. Leider sei der Deputation nicht gelungen, den Vertreter der Lebensmittel ausfindig zu machen. Was von der Lebensmittelindustrie qualitativ und quantitativ für viel Geld geboten werde, grenze in zahlreichen Fällen an Betrug. Nahrungsmittel seien in Deutschland genug vorhanden, da sollte man sich auch nicht scheuen, die Hand anzulegen, um dem Volke eine Verteuerung der notwendigen Lebensmittel zu ersparen.

Staatsminister Graf Vinthum v. Eckardt: Die Beratungen der Deputation haben das erfreuliche Ergebnis gehabt, daß sämtliche Parteien zu einer gemeinschaftlichen Formulierung der Richtlinien ihrer Wünsche gelangt sind. Es ist dies eine wertvolle Beistützung dafür, daß alle Parteien einig sind in dem Willen, gegenüber den Aufgaben unserer Zeit ihre Sonderwünsche zurückzustellen. Daß die gezielten Anträge zum großen Teil nur durch Entschleunigung der zuständigen Reichsstelle erledigt werden können, ist bekannt. Die Regierung erklärt aber, daß sie sich mit dem grundsätzlichen Wunsch der Kammer, jeder nicht durch die Verhältnisse unbedingt gebotenen Verteuerung der Lebensmittel namentlich der ärmeren Bevölkerung entgegenzuwirken, im vollen Einklange befindet. (Beifall.)

Abg. Günther (Fortschritt. Pp.) erkennt den glänzenden Aufstieg der deutschen Landwirtschaft an und fordert, daß ihre Leistungsfähigkeit auch während der Kriegszeit erhalten werden müsse. Nach Einbringung der nächsten Ernte werde auch eine Erleichterung der Futtermittelbeschaffung eintreten. Die Landwirtschaft werde auch bei einer Verabiehung der Höchstpreise, auf die das Volk ein Recht habe, auf ihre Rechnung kommen.

Abg. Dr. Rietzhammer (nll.): England werde wahrscheinlich in seiner Selbstüberhebung den Beratungen des sächsischen Landtags keine große Beachtung schenken. Aber selbst wenn dies geschehen würde und es auch hinter die verschlossenen Türen der Deputation gehen könnte, würde es die Ueberzeugung gewinnen müssen, daß ein Ausbunger Deutschlands nicht gedacht werden kann. Unsere Beratungen über den vorliegenden wichtigen Gegenstand haben dem Burgfrieden nichts geschadet, sondern sie haben unser Zusammengehörigkeitsgefühl gestärkt. Wir wünschen, daß aus der Notlage unseres Vaterlandes, die uns zusammengezwungen hat gegen den äußeren Feind, auch eine Quelle inneren Friedens entspringe. Gewiß brauchen wir jetzt den Burgfrieden, aber wir wollen aus ihm auch die Ausbeute nehmen, die nach dem Frieden reifen soll. Wir wissen, daß Not und Sorge in mancher Arbeiterfamilie noch heute täglicher Haß ist, aber wir alle sind ernstlich bestrebt, daß die Fehler, die bei der letzten Ernte gemacht worden sind, künftig vermieden werden. Wenn das eine gewisse Beruhigung in unser Volk hineinbringt, so sind unsere Beratungen nicht vergeblich gewesen. (Beifall.)

Abg. Schreiber (kons.): Wir teilen die Anschauungen, die die Regierung in ihrer Denkschrift ausgeprochen hat und wir hoffen, daß durch das erweiterte Selbstverwaltungsrecht der Kommunalverbände die jetzt vielfach zutage tretenden Mängel beseitigt werden. Redner verwahrt jedoch die Landwirtschaft gegen den Vorwurf, daß sie an der Verteuerung der Lebensmittel schuld sei.

Abg. Sindermann (Soz.) meint, seit 35 Jahren habe die Landwirtschaft die Prämie dafür erhalten, damit sie im Kriege leistungsfähig sei. Die Prämien hätten aber anscheinend wenig gewirkt, denn man sehe jetzt Lebensmittelpreisen gegenüber, die nicht lediglich auf den Handel zurückzuführen seien. Die Regierung müsse energisch auftreten gegen Produzenten oder Händler, um den notleidenden Konsumenten zu schützen.

Abg. Nischke-Verhig (nll.) erklärt, daß seine politischen Freunde mit der Behandlung ihrer Anträge in der Deputation durchaus zufrieden seien. Redner wendet sich dann gegen die Ausführungen des Abgeordneten Schreiber. Es sei durchaus nicht einseitig gegen die Landwirtschaft vorgegangen worden. Wenn Herr Schreiber, wie er gedroht habe, die vertraulichen Verhandlungen der Deputation bei ihm vaffender Gelegenheit verwenden sollte, so würde man in gleicher Weise gegen Herrn Schreiber vorgehen. Die Sozialdemokratie glaube nicht, daß nur die anderen Stände mit Ausnahme der Arbeiter Nutzen aus dem Kriege zögen. Redner führt eine Reihe Zahlen von Arbeiterverdiensten an. (Zuruf: Ohne Streik!) Gewiß, ohne Streik sind diese Verdienste erreicht worden, und es ist ein großer Unterschied zwischen Verdienst und Wucher, aber man wird doch zugeben müssen, daß die meisten Arbeiterkreise unter den hohen Preisen nicht so schwer leiden, wie viele Kreise des Mittelstandes.

Abg. Dr. Böhnel (kons.) weist darauf hin, daß er, um die Landwirtschaft gegen unberechtigte Vorwürfe zu schützen, in der Deputation die Anfrage gestellt habe, wieviel Tonnen Brotgetreide sich am 31. Januar 1915, nach Bekanntgabe der Reichslandnahmemaßregel, in der ersten Hand befanden. Das müsse sich feststellen lassen, und man werde daraus ersehen, daß nicht die Landwirtschaft an der Preissteigerung die Schuld trage. Ähnlich verhalte es sich mit den Kartoffeln und dem Fleische. Einzelne dürften auf keinen Fall verallgemeinert werden.

Damit ist die Debatte geschlossen, da einige noch vorgeworfene Redner auf das Wort verzichteten. Es folgen die Schlussworte der Abgeordneten Lange (Soz.), Schmidt (kons.) und Göpfert (nll.). Dann werden die Anträge der Deputation einstimmig angenommen. Präsident Dr. Bogel: Ich freue mich, daß durch die intensive Tätigkeit der Deputation es gelungen ist, diesen außerordentlich wichtigen Gegenstand jetzt noch zu erledigen, und ich glaube, in aller Sinne zu handeln, wenn ich nicht nur der Deputation in ihrer Gesamtheit, sondern auch dem Berichterstatter und dem Verfasser des Berichts den Dank des Hauses ausspreche. Ebenso dankbar müssen wir anerkennen, daß die Regierung durch ihr Entgegenkommen die Arbeit der Deputation so wesentlich gefördert hat. (Beifall.)

Nächste Sitzung: Heute nachmittags 5 Uhr.

Deutsches Reich.

Die nächste Reichstagsagung. Aus Reichstagskreisen wird der „Deutsch. Parl.-Corr.“ geschrieben: Dem bis zum 10. August vertagten Reichstag werden beim Zusammenritt neben dem Nachtragset mit der Vorlage wegen Bereitstellung neuer Kriegskredite voraussichtlich 17 Artikel der Reichsregierung über

den Wirtschaftsplän für das neue Erntejahr und die übrigen inwärtigen getroffenen wirtschaftlichen Maßnahmen zugehen. Eine Vorlage wegen Ergänzung des Mannschafsvorwahrungsgesetzes steht erst nach den Erklärungen der Reichsregierung für die Zeit unmittelbar nach dem Friedensschluß in Aussicht, da sich erst dann der Umfang der zu lösenden Aufgaben übersehen läßt. Inzwischen ist aber seitens der Reichsfinanzverwaltung dafür gesorgt worden, daß etwaige Härten, die sich aus der gegenwärtigen Lage der Gesetzgebung in der Mannschafsvorwahrung ergeben, im Verwaltungswege durch Gewährung von Unterstellungen in geeigneten Fällen ausgeglichen werden. Mit der Beratung der Vorlage betr. die Ermächtigung zur Einführung eines Stickstoffhandelsmonopols hofft man diesmal zum Abschluß zu kommen. In der parlamentarischen Pause ist das für und Wider noch weiter erörtert und geklärt worden, so daß jetzt der Zeitpunkt für die Bindung einer allgemein-befriedigenden Stellungnahme gegeben scheint. Ein erhebliches Bedenken, das von Vertretern der Industrie und Landwirtschaft noch erhoben wird, besteht in der Annahme, daß die Preise für Stickstoff beim Bestehen eines Monopols dauernd zu hoch gehalten werden könnten. Man glaubt vielfach, daß die Vorlage finanzpolitische Zwecke verfolgt. Diese Auffassung ist zweifellos unzutreffend; denn es handelt sich lediglich darum, die Lebensfähigkeit der neuen Industrie aus nationalen und wirtschaftlichen Gründen gegenüber etwaigen Konkurrenztreibern sicherzustellen und der deutschen Volkswirtschaft eine gesicherte und erhöhte Leistungsfähigkeit zu verschaffen. Dieses Ziel würde aber mit einer willkürlichen Preisgestaltung nicht zu erreichen sein. Es vertritt sich die Annahme, daß es möglich sein wird, Formen zu finden, die wichtige Aufgabe unter Beachtung der erhobenen Bedenken zum erfolgverheißenden Abschluß zu bringen. Ueber die Dauer der Reichstagsagung lassen sich im voraus keine sicheren Schlüsse ziehen, man glaubt aber, in etwa einer Woche mit dem Beratungskörper fertig zu werden.

Wetterlage in Europa am 14. Juli, 8 Uhr vorm.

Table with 10 columns: Station, Richtung und Stärke des Windes, Wetter, T.p., Windgeschw., Station, Richtung und Stärke des Windes, Wetter, T.p., Windgeschw. Includes stations like Berlin, Hamburg, etc.

\*) Niederschlag in Millimetern über einem 100 qm. Bereich 8 Uhr auf die letzten 24 Stunden.

Das nördliche Teil weist nur geringe Abkühlung auf. Im Osten und Westen lagern Hochs. Sachen befindet sich im Bereiche einer zirkulären, im Osten gelegenen Depression, so daß hier ausgedehnte, zum Teil ergiebige Regen, alle einge-een sind. Von Westen her rückt hoch r D.-d. heran. Zahlreiche für morgen höchstens geringe Niederschläge in Aussicht.

Wettertelegramme aus Sachien, 14. Juli, 8 Uhr vorm.

Table with 10 columns: Station, Temp. C. am Morgen, Wind, Windgeschw., Station, Temp. C. am Morgen, Wind, Windgeschw. Includes stations like Dresden, Leipzig, etc.

Barometerstand in Dresden am 14. Juli 7 Uhr vorm. auf N.N.: 752.6. Anhebung des Barometers zum Mittag bis zum Berichtstag: - 6.8.

Der 13. Juli verlief bis zum Nachmittag trocken und meist heiter, am Abend regnete es aber im größten Teile des Landes. Die Wetterlage heute morgen fast, jedoch um 7 Uhr hat der Regen fast aufgehört. Die Winde wehen hauptsächlich als Südwesten bis Osten. Die Temperatur ist gegen gestern morgen zum Teil gesunken, während das Barometer etwa 7 Millimeter gesunken ist. Abendregnen meldet mit 22.2 Millimeter die größte Niederschlagsmenge. Meldung vom Böhmischer Gebirge (bei Annaberg): Mater Sonnenuntergang, Himmelsfärbung orange, glänzender Sonnenaufgang, Himmelsfärbung gelb.

Aussicht für Donnerstag den 15. Juli 1915.

Wahrscheinliche Winde, meist trüb, Temperatur normal, keine wesentlichen Niederschläge.

Wasserkraft der Elbe und ihrer Zuflüsse.

Table with 10 columns: Sub-weis, Waben, Jung-tauung, Dam, Par-wal, Mel-nit, Ber-leim, Kasse, Dresden, Wag-gebung. Includes dates 13. Juli and 14. Juli.

Wasservärme der Elbe am 14. Juli vorm. 11 Uhr: 21° C.

Börsen- und Handelsteil.

\* Von der Dresdener Börse. Dresden, 14. Juli. Im freien Verkehr an der hiesigen Börse machte sich heute wieder etwas mehr Interesse für verschiedene Aktienwerte geltend. Lebhaftere Nachfrage zu wesentlich höheren Kursen befandete sich namentlich für Seidel & Raumann, Elber und für Jca. Ferner wurden Sachsenwerk und Sächsische Wulstfabrik gehandelt. Am Rentenmarkt kamen größere Beträge 3 % Sächsische Rente zu festem Kurs in Handel; im übrigen war auf diesem Gebiet das Geschäft recht ruhig.

Berlin. (Priv.-Tel.) An der Fondsbörse wirtten bessere Marktansichten, gute Ernteberichte und die angelegentlichste Kohlenpreiserhöhung anregend. Die Börse eröffnete daher mit vorwiegend höheren Kursen. Bevorzugt waren Waffenanlagen und Schwaibromwerte. Daimler gingen sprunghaft in die Höhe. Wesentlich gebessert waren außerdem Kollweiler, Deutsche Waffen, Loewe, Rheinmetall, Telephon-Berliner, Lorenz, Bergmann, sowie Rig u. Genest. Höher kletten sich ferner Oberkoll, Oberbedar, Erdöl, Gotthard Waggon und Tecklenburg-Schiffswerk. Später wurde die Haltung infolge mangelnder Geschäftslust etwas schwächer, namentlich Waffenanlagen konnten die erhöhten Kurse nicht behaupten und gingen größtenteils auf den gestrigen Schlussstand zurück.

An der Berliner Getreidebörse hat die feste Stimmung auf allen Gebieten angehalten. Das Angebot war sehr klein. Auf spätere Lieferung lagen wohl vereinzelte Offerten vor, bezüglich der Verladung ließ sich jedoch ein bestimmter Zeitpunkt nicht festlegen, da man behauptete, daß der schon lange bestehende Waggomangel auch in absehbarer Zeit nicht beseitigt sein werde. Im Großhandel haben sich die Preise von Weizen und ausländischer Gerste nicht verändert, dagegen sind die Forderungen im Localverkehr 4 bis 5 Mark erhöht worden. Ausländische Weizen hat bei sehr kleinem Verkehr den Preisstand behauptet. Weizen und Vierdebohnen waren etwa 4 Mark teurer. Weizenmehl war nur in kleinen Mengen zu unveränderten Preisen gehandelt worden. Aus Nordamerika lauteten die letzten Tendenzberichte für den laufenden Monat, der in Dedungen gesucht wurde, ziemlich fest, für spätere Stützen jedoch infolge fehlender Nachfrage etwas schwächer. Zu nennenswerten Preisermäßigungen ist es jedoch nicht gekommen. - Wetter: Landregen.

\* Berlin, 14. Juli. Börsen-Sittemungsbild des 13. d. M.: Die Börsenbesucher stehen nur geringe Unternehmungslust erkennen. Vollkommen vernachlässigt blieben Bergwerks- und Waffenanlagen. Von den übrigen Werten der an Kriegslieferungen beteiligten Unternehmungen wurden Daimler, Köln-Rollweiler, Ludwig Löwe, Rig u. Genest und Bohler reger umgesetzt, mehr zu abgeschwächten Kursen. Angeblüh abten die Erörterungen über eine mögliche Einführung der Kriegsgewinnsteuer einen nachteiligen Einfluß aus. Kriegsanleihen waren beunruhigt. Ausländische Renten neigten bei ganz unbedeutenden Umsätzen auf Schwäche.

\* Newyork, 18. Juli. Die Tendenz der Börse war bei Eröffnung sehr fest. Die meisten Industriepapiere konnten mit erheblichen Kursbesserungen einlehen. Bemerkenswert war die scharfe Steigerung um 12 Dollars für American-Coal-Product

Shares im Zusammenhange mit großen Gewinnen aus der Versteigerung von Hartstoffen. Ausgehend von größeren Verkäufen in Chicago-Milwaukee- und St. Paul-Aktien, sowie infolge von Gewinnsteigerungen wurde die Tendenz im weiteren Verlaufe etwas matter, doch kam bald wieder die alte zuverlässige Stimmung zum Durchbruch. Western-Union-Telegraph-Aktien lagen infolge der guten Einnahmeausweise sehr fest. Standard-Werte waren in der letzten Börsensunde etwas vernachlässigt und infolge der hohen Getreidepreise etwas matter. Der Schluss der Börse war unregelmäßig. Der Umsatz belief sich auf 613 000 Stück Aktien. (W. T. B.)

\* Wertpapiere mit feindlichem Auslandsstempel. Der Vorstand der Berliner Börse befahte sich in seiner gestrigen Sitzung mit der Frage, unter welchen Bedingungen und Umständen Effekten, die den französischen oder englischen Stempel tragen, in Zukunft noch lieferbar sein sollen. In erster Linie dachte man daran, daß bei der Lieferung solcher Wertpapiere der schriftliche Nachweis zu erbringen ist, daß sich die betreffenden Stücke bereits vor dem Ausbruch des Krieges im Inland befunden haben. Ob man diese Bestimmung auch auf russisch gestempelte Effekten ausdehnen wird, erscheint vorläufig noch zweifelhaft, da in Russland kein Versteuereinstempel, sondern nur ein Emmissionsstempel besteht. Der Börsenvorstand befaßte sich jetzt mit dieser Frage, da vor einiger Zeit ein Fall festgestellt worden ist, in dem Effekten mit feindlichem Landestempel zu und gelangt sind. - Die Besprechung des Börsenvorstandes führte jedoch zu keinem bestimmten Resultat. Man war der Meinung, daß das Zahlungsverbot mit seinen strengen Strafen einwirken einen genügenden Schutz gegen die unerwünschte Einfuhr von Wertpapieren aus dem Feindesland bietet.

\* Aus der Dresdener Industrie. Während die mit uns im Kriege stehenden Völker bestraft sind, und Deutschen jeden Verkehr mit dem Auslande zu verhindern und insbesondere jeder Möglichkeit zu berauben, mit den amerikanischen Staaten Handel zu treiben, ist es doch verschiedenen deutschen Firmen noch möglich gewesen, auf der gegenwärtig in San Francisco stattfindenden Weltausstellung die von ihnen hergestellten Waren und Maschinen zur Aussetzung zu bringen und somit den Wettbewerb gegen die übrigen Länder aufrecht zu erhalten. Unter den Firmen, welche trotz der bedeutenden Schwierigkeiten in hervorragendem Maße ihre Fabrikate aussetzen vermochten, ist die bekannte Maschinenfabrik J. M. Lehmann in Dresden für ihre ausgestellten Maschinen zur Rasen- und Schokoladen-Fabrikation nach solchen eingetragener Nachfrist mit dem „Großen Preis“ ausgezeichnet worden.

\* Flensburger Schiffbau-Gesellschaft. Nachdem der Prozeß in der Kollisionsangelegenheit Schwimmbod-Valencia vom Reichsgericht zugunsten der Gesellschaft entschieden worden ist, hat der Reichsgericht beschloffen, einer am 7. August stattfindenden außerordentlichen Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 12 % für das Geschäftsjahr 1913/14 vorzuschlagen (gegen 8 % für 1912/13). Die Generalversammlung vom 30. September 1914 hatte mit Rücksicht auf den schwebenden Prozeß beschloffen, den mit 1 826 324 M. ausgewiesenen Gewinn vorläufig in Reserve zu stellen.

Berliner Hühner Zentral-Viehhof, am 14. Juli. Amtlicher Bericht der Direktoren zum Verkauf fanden: 1423 Hühner, davon fanden nur 855 Stück auf den öffentlichen Markt (darunter 292 Hühner, 234 Hühner, 897 Hühner und Hühner), 2963 Hühner, 1497 Schafe, 821 Schweine. Bezahlt im Markt für 60 Kilogramm Lebendgewicht resp. Schlachtgewicht: Hühner: a) Doppelender feinsten Maß 90-100 resp. 120-130, b) feinsten Maß 70-75 resp. 117-125, c) mittlere Maß und beste Saugläufer 60-68 resp. 100-113, d) geringere Maß und gute Saugläufer 50-58 resp. 92-97, e) geringere Saugläufer 45-55 resp. 82-100. Schweine: a) Ferkel 20-30, b) Ferkel 30-40, c) Ferkel 40-50, d) Ferkel 50-60, e) Ferkel 60-70, f) Ferkel 70-80, g) Ferkel 80-90, h) Ferkel 90-100, i) Ferkel 100-110, j) Ferkel 110-120, k) Ferkel 120-130, l) Ferkel 130-140, m) Ferkel 140-150, n) Ferkel 150-160, o) Ferkel 160-170, p) Ferkel 170-180, q) Ferkel 180-190, r) Ferkel 190-200, s) Ferkel 200-210, t) Ferkel 210-220, u) Ferkel 220-230, v) Ferkel 230-240, w) Ferkel 240-250, x) Ferkel 250-260, y) Ferkel 260-270, z) Ferkel 270-280.

Wiederverkauf, resp. wurde ziemlich geräumt. Der Hühnerhandel war ruhig. Bei den Schafen wurde glatt ausverkauft. Der Schweinehandel verlief ruhig.

Schlagen, 12. Juli. Weizen per Juli 1915, per September 1915, Mais per Juli -, per September 72, per Juli -, per September -, per Juli -, per September 72, per Juli -, per September -, per Juli -, per September -.

Rondon, 12. Juli. Mäckermarkt. Im Wochens notierten Weizen und Mehl 6 d bis 1 sh höher gegen die Vorwoche. In den übrigen Getreidearten war das Geschäft flüchtig.

Newyork, 12. Juli. Raffer Rio Nr. 7 lot 7 1/2 per Juli 6.97, per August 6.77, per Dezember 6.83.

Newyork, 12. Juli. Baumwolle lots middling 8.90, per Juli 8.90, per August 8.68, per September 8.86, per Oktober 8.90, per Dezember 9.20, per Januar 9.32, per März 9.67. In vieren 4000 Ballen. Export nach Großbritannien 2000 Ballen. Export nach dem Kontinent 1000 Ballen.

Siberien, 12. Juli. Baumwolle. Umsatz: 12 000 Ballen. Import 3400 Ballen. Davon amerikan. Baumwolle - Ballen. Amerikan. middl. 5.08, per Juli-August 4.97, per Oktob.-Nov. 5.13, per Januar-Februar 5.1, per März-April 5.23, Egypier per Juli 7.15, per Nov. 7.69. Amer. arab. u. Brasilianische 6 P, Egypier 10 P, Indische 8 P. niedriger.

New-Orleans, 12. Juli. Baumwolle middling 8.63, low middl. 7.83, good ordinary 6.63, per Juli 8.40, per Oktober 8.76, per Dezember 8.96, per Januar 9.07.

Mexiko, 12. Juli. Baumwolle per Juli 13 1/2 per Nov. 14 1/2. London, 12. Juli. Kupfer prompt 77 1/2, per 3 Monate 78, Elektrolyt 92 1/2, Zinn prompt 17 1/2, per 3 Monate 16 1/2, Zink prompt 105, per 3 Monate 95. Blei low 25.

Stuttgart, 12. Juli. Eisen per Rasse 66 sh 8 d., p. 1 Monat 67 sh 1 d.

Saison-Ausverkauf für Ferien und Reise mit 20% Preisermässigung. Lodenanzüge, Lodenjoppen, Bozner Mäntel, Jagdmäntel, Pelerinen, Rucksack-Mäntel, Damen-Loden-Kostüme, Lodenröcke und Hosen, feine Kamelhaar-Mäntel in schönen Farben, Kinder-Anzüge und Mäntel, Lodenhüte aller Art, großartige Auswahl im Spezialgeschäft Jos. Fiechtl aus Tirol, Schloßstraße 23.

Größtes Spezialgeschäft in Plätz. Kunkel & Co. Radnaber Glasniederlage. Billigste Bezugsquelle für Konservengläser als System. Eigene Glashüttenwerke.

Zeichenbedarf. Zeichen- und Buchauspapiere, Zeichenblätter, M. S. Zacher, Dresden.

Brillanten, Gold, Silber. Preussische Reichswehr, Schmid, Plauen. Verantwortlicher Schriftleiter: Helmuth Zacher in Dresden. (Erzzeitung: 3/5 bis 6 Uhr nachm.)